

und die Erfahrungen dieses Arbeitsdienstes laufen im Reichsinnenministerium zusammen. Der Reichsausschuss der deutschen Jugendverbände ist eine ausgezeichnete Querverbindung zu jener Gesamtheit von Gesinnungen und Strömungen, die wir deutsche Jugend nennen. Man hat im Reichsinnenministerium von jeder den dankenswerten Standpunkt verfolgt, dem Reichsausschuss der deutschen Jugendverbände und anderen Organisationen der Jugend, zu denen man in ähnlicher Verbindung steht, ihr Eigenleben vollständig zu belassen. Die Früchte dieser Toleranz zeigen sich jetzt: das Reichsinnenministerium kann bei der Sammlung von Unterlagen für die Neuordnung der Bünde auf ein sehr reiches und sehr objektives Material zurückgreifen. Vor allem sind die Erfahrungen, die man in großen Arbeitslagern sammelte, betriebsmäßig wie die Kartofeln geordnet und als das wichtigste Endergebnis steht folgendes fest:

Die jugendlichen Angehörigen verschiedenster politischer Richtungen haben sich beim Arbeitsdienst, in den großen und in den kleinen Lagern zu einer vaterländischen Einheit zusammengeschlossen.

Es gibt kaum ein einziges Arbeitsdienst-Unternehmen, das als Mißlingen bezeichnet werden könnte.

Mehr als eine Million junger Menschen sind heute in Deutschland arbeitslos. Selbstverständlich kann auch beim besten Willen vorerst nur ein Teil von ihnen im Arbeitsdienst untergebracht werden. Aber auch die anderen Pläne, die mit der Neuordnung der politischen Verbände verknüpft werden, dienen der seelischen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Nützliche Kreise verlaufen, jedes Bemühen um eine körperliche Eräftigung der Jugend als heimliche Rüstung auszuliegen. An eine heimliche Rüstung denkt man im Reichsinnenministerium ganz gewiß nicht, andererseits aber

ist man fest entschlossen, die Jugend in den politischen Verbänden durch körperliche Eräftigung seelisch und körperlich widerstandsfähiger gegenüber der fürchterlichen nationalen Not zu machen.

zugleich den Gedanken nationaler Einheit fest in den Herzen der jungen Menschen zu verankern.

So erhalten die politischen Verbände eine Richtung, die ihrer bisherigen Bewegung oft entgegengesetzt ist. Jedenfalls sind sie, das haben die bisherigen Besprechungen ergeben, bereit, der Staatsführung auf dem Wege einer neuen Jugendziehung zu folgen.

Wenn möglich, kein Reichskommissar

Von den zuständigen Reichsstellen wird erwartet, die Annahme, daß die Reichsregierung auf die Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen zuzukommen, falls die Reichsregierung demselben zustande kommt, um das Zustandekommen einer normalen Regierung in Preußen. Das bedeutet zwar kein eindeutiges Dementi, denn es bleibt immer noch die Frage offen, ob nicht ein Reichskommissar eingesetzt werden soll, wenn beim Wiederauftritt des Landtages die Wahl des neuen Ministerpräsidenten nicht zustande kommt, aber in den interessierten Kreisen scheint noch ein anderer Weg zum mindesten in Erwägung gezogen zu werden, nämlich der, den eben erwähnten Landtag wieder aufzulösen, falls, wie zu erwarten, die Ministerpräsidentenwahl scheitert. Die Neuwahlen sollen dann als Zweckmäßigkeitsergebnis ebenfalls am 31. Juli, gleichzeitig mit der Reichstagswahl, vorgenommen werden, um der Öffentlichkeit eine fünfte Wahl in diesem Jahr zu ersparen.

Baden schafft die Feier des Verfassungstages ab

Das badische Staatsministerium hat folgende Verordnung erlassen: Die Beobachtung des Staatsministeriums vom 21. Juli 1923 über die Bestimmung des 11. August (Reichsverfassungstag) als gebotener Festtag wird aufgehoben.

Hörsings Abfrage an die SPD.

In dem von Otto Hörsing herausgegebenen Organ der von ihm gegründeten „Sozialrepublikanischen Partei Deutschlands“ verbreitet sich Hörsing in einem langen Artikel über die Gründe seines Austrittes aus der SPD. Er nennt seinen Artikel „Die Antwort an die Lindenstraße“ und wendet sich direkt „an den Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“. Im einzelnen macht er der SPD den Vorwurf, daß sie unter dem Vorzeichen der Demokratie jeden jügellos treiben lasse, was er will, den Feinden der Republik daselbe Recht einräume wie den Republikanern und sich damit ihr eigenes Grab grabe. Er, Hörsing, habe den Parteivorstand leider stets vergeblich gebeten, zuerst Staats- und dann erst Parteimänner zu sein. Der Hauptvorwurf betrifft die völlige Latenzlosigkeit der SPD, angesichts der ungeheuer wachsenden Arbeitslosigkeit. Die SPD habe ihre Mission vollständig verkannt. Die SPD müsse sich darüber klar sein, daß sie mit

Noch ein nachträgliches „Geschenk“ der Regierung Braun

Indirekte Gehaltskürzung zum Ein-Ausgleich

Die gestrige Kabinettsberatung des preussischen Kabinetts unter Vorsitz des geschäftsführenden stellvertretenden Ministerpräsidenten Dirksfelder endete mit dem Beschluß einer preussischen Notverordnung auf Grund der Ermächtigung in der besagten Reichsnotverordnung an die Länder.

Wie der preussische Finanzminister Klepper am späten Abend in einer Pressekonferenz mitteilte, wird die neue preussische Notverordnung folgende Bestimmungen enthalten:

1. Änderung der Hauszinssteuerordnung in der Weise, daß die Gemeinden eine Zuweisung von 160 Millionen Mark bekommen, mit der sie ihrerseits hilfsbedürftige Mieter unterstützen. Das bedeutet eine Ersparnis für die Staatsfinanzen, weil in Zukunft nur Wohlfahrtsunterstützungen mit einem Existenzminimum von 700 bis 800 Mark jährlich diese Vergünstigung erhalten (bisher bis zu einem Existenzminimum von 1200 Mark gewährt).

2. Einführung der Schlichtsteuer ab 1. Juli.

Dadurch wird der Ausfall, der durch das Ausschleiben der Ausgleichszahlungen des Reiches herbeigeführt wurde, gutgemacht.

3. Gehaltsinbehaltung für alle preussischen Beamten und Angestellten,

und zwar 2% vom Hundert für Beamte mit Frau und Kindern, 5 vom Hundert für kinderlose und unverheiratete Beamte. Die Inbehaltung ist so gedacht, daß der Gehaltsanspruch aufrechterhalten bleibt. Die zurückgehaltenen Beträge werden monatlich mit Wirkung vom 1. Juli 1937

nachbezahlt, also in der Form, daß der Betrag, der am 1. Juli 1932 einbehalten wurde,

am 1. Juli 1937 zurückgezahlt

wird. Um die Beamten sicherzustellen, ist für den Todesfall vorgesehen, daß der gesamte Betrag dann sofort zurückgezahlt wird. Bei Angestellten wird der Gesamtbetrag nachbezahlt, falls der Angestellte vor Ablauf der fünf Jahre aussteht und ebenfalls sofort, wenn er ohne Verjüngungsansprüche ausscheidet. Eine Übertragbarkeit dieser Ansprüche der Beamten an den Staat ist für die Dauer der Sperrfrist ausgeschlossen. Durch diese Gehaltsinbehaltung sollen 26 Millionen Reichsmark eingespart werden.

Minister Klepper bezifferte den verbleibenden Fehlbetrag auf noch 24 Millionen Reichsmark, der durch neue Abstriche im Haushalt gedeckt werden soll.

Der Finanzminister erklärte zum Schluß, daß die Kassenlage Preußens auf lange Sicht sichergestellt worden sei. Wenn nicht ganz unvorhergesehene Änderungen der allgemeinen Wirtschaftslage kommen sollten, könne man die Kassenlage für die Dauer des Haushaltsjahres als gesichert bezeichnen.

Die Beamten sind empört

Die plötzliche von Preußen angeordnete Gehaltsminderung hat die Beamtenschaft in die größte Aufregung versetzt. Der Reichsbund der höheren Beamten fordert in einem Telegramm an den Reichskanzler Erwortung gegen die Absichten der preussischen Regierung. Ebenso will der Landesverband der höheren Beamten Preußens alle Fraktionen des Landtages auffordern, die Schlichterstellung der preussischen Beamten durch sofortige Anträge auf Aufhebung dieser Notverordnung zu verhindern.

Inflation in Oesterreich?

Ein gefährliches Experiment

In den Verhandlungen der österreichischen Regierung mit den ausländischen Gläubigern ist der Regierung nahegelegt worden, die österreichische Währung auf einer neuen Basis zu stabilisieren. Damit ist offenbar eine sogenannte Deflation, also eine Herabsetzung des Schillingwertes gemeint, wodurch für Oesterreich eine bessere Basis für die Sanierung seiner Finanzen geschaffen werden könnte.

Da das Stillhalteabkommen zunächst noch fast ein Jahr läuft, hält man in Oesterreich eine Erörterung der Deflationsfrage zunächst noch für verfrüht. Wahrscheinlich werden die Stillhalteverhandlungen vertagt werden. Für wichtiger hält man im Augenblick die Pariser Verhandlungen, in die man jedoch wenig Hoffnungen setzt. Man wehrt sich vor allem gegen das französische Projekt, den Kredit für Oesterreich in eine gemeinsame Hilfsaktion für die Nachbarstaaten einschließlich Polens einzufügen, und glaubt, daß die mehrfach hinausgeschobene Verhandlung eines Transformatoriums sich auf die Dauer nicht vermeiden lassen wird.

Es mag für den Wissenschaftler interessant sein, zu beobachten, wie das Experiment einer zweiten Inflation innerhalb eines kurzen Zeitraums verläuft.

ihrer Latenzlosigkeit weite deutsche Kreise, nicht zuletzt ungeheure Massen der Kopf- und Handarbeiter und der Jugend, den Rasen in die Arme getrieben habe. Den Nationalsozialisten unterstellt Hörsing, „begabte Knechte der Großgrundbesitzer, der Großindustrie, des Adels und aller Volksbedrücker“ zu sein. Wenn die Wähler dennoch in hellen Scharen zu den Nationalsozialisten gelaufen seien, so nur aus Verzweiflung und aus Protest nicht zuletzt gegen die SPD.

Ungenügende Belegung des Arbeitsmarktes

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 16. bis 31. Mai hat die Erleichterung auf dem Arbeitsmarkt sich in der zweiten Hälfte des Berichtmonats mit etwas größerer Beschleunigung fortgesetzt. Während im vorigen Berichtabschnitt die Zahl der Arbeitslosen nur um rund 64 000 abgenommen hatte, war sie Ende Mai um rund 92 000 geringer als am 15. d. M. Der damit erreichte Stand von rund 5 589 000 Arbeitslosen liegt jedoch

um etwa 1 1/2 Millionen über dem Stand zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Die Gefahren eines solchen Experimentes sind aber zu groß, um es zu wagen.

Wie der menschliche Körper das Fieber durch Ansammlung von Abwehrstoffen bekämpft und sich für eine gewisse Zeit dagegen immun macht, so haben auch die vom Inflationsfieber heimgeleiteten Völker nach Erkenntnis des Charakters einer Inflation das Abwehrmittel erkannt. Es ist die Flucht aus dem Geld, die Flucht in die Sachwerte. Wir haben das in Deutschland im Verlauf der Krise oft genug beobachten können. In Oesterreich wird das nicht anders sein. Zur gleichen Stunde, wo der Börsenkurs eine Entwertung des Schillings festhielt, würde das gesamte Wirtschaftsleben stoen.

Nicht mehr der Schilling würde die Währung sein, sondern der Börsenkurs.

Es wäre nicht ein Abgleiten des Schillings, sondern ein Sturz in den Abgrund. Diese naturgemäßen Folgeerscheinungen einer Inflation traten auch in England ein. Dort gelang es aber, diese Bewegung abzustoppen, weil die Entwertung des Pfundes eine Zweckmäßigkeitmaßnahme war und die Bank von England über genügend Reserven verfügte, um jederzeit Dalt gebieten zu können.

Diese Reserven hat aber weder Deutschland noch Oesterreich, darum ist eine zweite Inflation kein Eindeutungsmittel für die Not der Zeit, sondern die Katastrophe.

Seit dem winterlichen Höchststand (Mitte März) ist die Zahl der Arbeitslosen um rund 546 000 zurückgegangen. Träger der Entlastung sind weiterhin fast ausschließlich die Saisonarbeitskräfte.

Die Abnahme in der Krisenfürsorge war mit rund 52 000 verhältnismäßig größer, als man annehmen konnte. Die Zahl der Wohlfahrtsberechtigten betrug Ende Mai rund 2 088 000 gegenüber rund 2 019 000 Ende April. Sie hat also entgegen der allgemeinen Bewegung zugenommen.

Amerika ist nicht gewillt...

Das Staatsdepartement in Washington wendet sich in einer Erklärung erneut gegen die Streichung der Kriegsschulden. In der Erklärung heißt es, die amerikanische Regierung sei nicht gewillt, Vorschläge der europäischen Nationen anzunehmen für eine Streichung der Kriegsschulden und Reparationen. Der amerikanische Standpunkt gehe dahin, daß eine Streichung der Reparationen durch die europäischen Staaten die amerikanische Regierung nicht verpflichte, auch die Schulden zu streichen. Vom Staatsdepartement wird betont, daß dieser Standpunkt allen an der Lausanner Konferenz interessierten Regierungen bekanntgegeben worden sei.

Französisch-englische Vorbereitungen für Lausanne

Das französische Außenministerium veröffentlicht folgende amtliche Mitteilung: Der britische Ministerpräsident MacDonald und der Außenminister Simon werden am Sonnabendabend in Paris eintriften, wo sie den Sonntag zu verbringen gedenken. Die englischen Staatsmänner werden die Gelegenheit benutzen, um sich mit dem französischen Ministerpräsidenten und Außenminister Berriot über die beide Länder interessierenden Probleme, die in Gené und Lausanne behandelt werden, zu unterhalten.

Französisch rechnet damit, daß es nichts mehr erhält

Bei einem Empfang der Presse bezifferte der neue französische Finanzminister Germain-Martin das Budgetdefizit für 1930/31 auf 25 Milliarden Franken und das Defizit des Budgets für 1931/32 einschließlich des Hoovermorsatoriums auf 4 Milliarden Franken. Martin erklärte außerdem, man müsse es hinnehmen, daß Deutschland am 1. Juli die Zahlungen nach dem Youngplan nicht wieder aufnehmen werde, was für das französische Budget einen Ausfall von 1,2 Milliarden Franken ausmache.

Serriot will den Lardieu-Plan schmackhafter machen

Paris, 9. Juni. (Radio.) Man trägt sich in französischen amtlichen Kreisen mit der Absicht, demnachst den Lardieu-Plan einer Donauabfederation wieder auszugreifen und ihn in erweiterter Form noch einmal den europäischen Großmächten vorzulegen. Man will vor allem Bulgarien und Griechenland in diesen Plan einbeziehen, um auch ihren Bedürfnissen gerecht zu werden.

Englands Arbeitslosenbeer wächst

Die Zahl der englischen Arbeitslosen hat in dem Zeitraum vom 26. April bis zum 23. Mai um 80 126 zugenommen und beläuft sich jetzt auf 2 741 306.

Damit hat sich auch im Mai auf dem englischen Arbeitsmarkt eine Entwicklung weiter durchgesetzt, die sich bereits im April in einer Zunahme der Arbeitslosenmasse um rund 85 000 bemerkbar gemacht hatte, und die zu allen saisonmäßigen Erwartungen im Widerspruch steht.

So hatte sich de Valera die Sache nicht gedacht

Der irische Senat nahm am Mittwoch mit 23 gegen 22 Stimmen einen Antrag an, das Inkrafttreten des Gesetzes zur Abschaffung des Treueides solange zu verschieben, bis sich die englische Regierung mit der Befestigung des Treueides bestimmenden Klausel einverstanden erklärt. Durch diesen Antrag ist die vorher erfolgte Annahme der Klausel durch den Senat praktisch verlosch geworden, da die englische Zustimmung natürlich nicht zu erwarten ist. Das Gesetz geht nunmehr an den Landtag zurück und kann dem Senat erst nach Ablauf von 18 Monaten wieder vorgelegt werden. Falls dieser es dann erneut in abgelehntem Sinn verabschiedet, tritt es innerhals von 30 Tagen automatisch in Kraft. Es ist damit mit Neuwahlen im Herbst dieses Jahres zu rechnen, durch die de Valera ein volles Mandat für seine Vorschläge zu erhalten hofft, da er eine Hinauszögerung des Gesetzes zur Abschaffung des Treueides auf keinen Fall zulassen will.

Walker soll abgefeht werden

New York, 9. Juni. (Radio.) In einer 15 Punkte enthaltenden Anfragefrist fordert der Untersuchungsleiter des Gouverneur auf, Oberbürgermeister Walker wegen Pflichtverletzung durch Annahme von Geldern, deren Herkunft nicht genügend geklärt ist, vom Amt zu entfernen. Einen Hauptanklagepunkt bildet der Kreditbrief der Omnibusgesellschaft über 10 000 Dollar, mit denen Walker seine Europareise finanziert hat.

Wirtschaftsbeben in Südamerika

Wenn der Abbruch am Dollarkapital von den südamerikanischen Staaten aus so weitergeht, wie in den letzten Monaten, wird man ernsthaft Bedenken hinsichtlich der wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit der USA, hegen müssen. Man schätzt den Gesamtwert der bis jetzt — teilweise schon seit langer Zeit — notleidend gewordenen Dollarkapitalien in südamerikanischen Staaten auf rund 5 Milliarden M. Der Ausfall der Tilgungsraten und Zinsen für eine solche Summe bedeutet selbst in den USA viel. Eine rasche Sanierung der notleidend gewordenen Staaten ist in Südamerika beinahe noch unmöglicher, als in Europa, denn die Ursachen der südamerikanischen Wirtschaftskatastrophe sind zwar dem Wesen nach ähnlich denen, unter denen Europa leidet: Überproduktion und Abfallverwertung, dem Umfange nach aber unvorstelllich viel größer, so daß die notwendige Korrektur sehr viel schwieriger und langwieriger sein wird.

Wettervorhersage. Westwind, Lamafame Bewölkung, abnehmend. Ostlich Nebel. Tagsüber wärmer. Leichte Niederschläge nicht ausgeschlossen.